

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 3 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Stück 1 Pf. 1/2, für den Monat 4 Pf. 1/2, für den 3 Monate 12 Pf. 1/2, für den 6 Monate 24 Pf. 1/2, für den 1 Jahr 48 Pf. 1/2. Die Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Alle Anzeigen sind zu bezahlen und zu belegen. Die Redaktion ist für die Rücknahme von Anzeigen nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Rücknahme von Anzeigen nicht verantwortlich.



Informations 1 Mt. für die Sachverständigen über den Raum, Leipzig, Pf. 1/2, 2.50 Mt. Bei Übertragung und Lebensdauer entsprechender Probenahme. Informationen im amtlichen Teil zur von der Reichsregierung erteilten Genehmigung. 50 Pf. Anzeigenannahme bis 10 Uhr. Für die Rücknahme von Anzeigen ist keine Garantie. Jeder Anzeigenanspruch ist durch die Reichsregierung zu zahlen. Bei Rücknahme von Anzeigen ist keine Garantie.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weiden, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorandt Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Rössig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 127.

Freitag den 3. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Ämtlicher Teil.

### Impfung.

Für die in diesem Jahre zum ersten Male impfpflichtig werdenden, hier wohnhaften Kinder finden die Impftermine im Saale des Gasthofs zum „Weißen Adler“ hier selbst wie folgt statt:

**Montag den 6. Juni 1921**  
nachmittags 3 Uhr

für sämtliche Erstimpfungen.

Die Vorbereitung der in diesem Termine Geimpften zwecks der Nachschau hat

**Montag den 13. Juni 1921**  
nachmittags 3 Uhr

im obengenannten Lokale zu erfolgen.

Die Eltern, Pflegeeltern und Vormünder der im vorigen Jahre und der in früheren Jahren geborenen Kinder, welche der Impfpflicht noch nicht genügt oder Befreiung davon noch nicht erlangt haben, werden aufgefordert, zur Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark oder Haftstrafe bis zu drei Tagen mit ihren Kindern ebenfalls im obengenannten Impflokal zu den anberaumten Impf- und Nachschauterminen behufs der Impfung und ihrer Kontrolle zu erscheinen bezw., und zwar im Impftermine, die Befreiung von der Impfpflicht vom Impfarzte zu erwirken oder durch ärztliche Zeugnisse nachzuweisen. Wer es unterläßt, diesen Nachweis zu führen, wird mit einer Geldstrafe bis zu 20 Mk. belegt.

Im laufenden Jahre geborene Kinder, deren Eltern die Impfung bereits in diesem Jahre vornehmen lassen wollen, sind

**Montag den 6. Juni 1921**  
nachmittags 1/4 4 Uhr

im erwähnten Impflokal zur Impfung und

**Montag den 13. Juni 1921**  
nachmittags 1/4 4 Uhr

ebendasselbst zur Nachschau vorzustellen.

Impfungen aus solchen Häusern, in welchen ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Pocken herrschen, dürfen zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden, sind vielmehr in hiesiger Ratkassierlei anzumelden. Auch Erwachsene aus solchen Häusern haben sich vom Impftermine fernzuhalten.

Die Kinder müssen zum Impftermine mit reingewaschenem Körper und mit reinen Kleidern gebracht werden.

Kann ein Kind am Tage der Nachschau wegen erheblicher Erkrankung oder weil in dem Hause eine ansteckende Krankheit herrscht, nicht in das Impflokal gebracht werden, so haben die Eltern oder deren Vertreter dieses spätestens am Termintage anzuzeigen.

Wilsdruff, am 31. Mai 1921.

4287

Der Stadtrat.

Auf Antrag und mit Zustimmung der städtischen Kollegien soll der von der Friedhofstraße durch die Ratshausstraße nach dem Neumarkt führende Fußweg als öffentlicher Weg gesperrt und eingezogen werden.

Auf Grund von § 14 Abs. 3 des Gesetzes vom 12. Januar 1870 über die Wegebaupflicht wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Widersprüche gegen die beabsichtigte Einziehung des Weges binnen einer Frist von drei Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, beim unterzeichneten Stadtrat anzubringen.

Wilsdruff, am 1. Juni 1921.

4288

Der Stadtrat.

Auf Blatt 1 des hiesigen Genossenschaftsregisters, den Spar- und Vorschußverein zu Wilsdruff, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, ist heute eingetragen worden, daß der Aufsichtsrat Emil Kömisch und der Rechtsanwalt Dr. Kronfeld aus dem Vorstände ausgeschieden und an deren Stelle der Privatmann Oskar Piegisch in Wilsdruff als Direktor und der Privatmann Hermann Heintze in Wilsdruff als stellvertretender Kassierer gewählt worden sind.

Wilsdruff, am 30. Mai 1921.

A Reg. 78/21

Amtsgericht. 4284

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags anzugeben.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* In einer Unterredung mit dem amerikanischen General Allen sprach sich dieser dahin aus, daß an eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland vorläufig nicht zu denken sei.

\* Der Belagerungszustand über die preussischen Gebiete Groß-Hamburgs ist aufgehoben worden. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in weiteren Teilen Preußens (Wittelschland und Ostpreußen) dürfte in kürzester Zeit bevorstehen.

\* Die Vertrauenskränkung des französischen Senats für Briand erfolgte nach seiner Rede über Deutschland, die sich an seine früheren Darlegungen anknüpfte, mit 269 gegen 8 Stimmen.

\* England hat alle Vorschriften über Verbrüderungszeugnisse für Waren aus Deutschland nach der Annahme des Ultimatums kassiert.

\* Wie aus Tokio gemeldet wird, haben bolschewistische Streikkräfte unter General Kappel Wladimir kampflos eingenommen. Die Japaner verhielten sich neutral.

### Entgiftung?

Was man wünscht, das glaubt man gern, nur zu gern sogar, wenn von seiner Erfüllung das Wohl und Wehe des Vaterlandes abhängt. Von der Notwendigkeit, in der Welt unserer internationalen Beziehungen eine Atmosphäre der Verbrüderung zu schaffen, in der Verständnismöglichkeiten ernsthaft nachgegangen werden können, hat schon in den Schreckensjahren des Weltkrieges der Staatssekretär v. Kühlmann gesprochen — man weiß, mit welchem Erfolg. Es kam der Waffenstillstand, der Friedensvertrag, es kamen die Konferenzen von Brüssel und Spa, von Paris und London; immer waren die deutschen Verhandlungsführer bemüht, Vertrauen zu gewinnen und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im Völkerleben zu erlangen — man weiß, mit welchem Erfolg. Mit einem Ultimatum nach dem andern wurde der Leidensweg gepflastert, den wir gehen mußten, bis schließlich das Großreinemachen im Mai dieses Jahres uns dahin brachte, wo die Entente uns haben wollte: daß wir jeden Widerstand gegen ihre militärischen, ihre finanziellen und politischen Forderungen aufgeben mußten, ob sie nun im Versailles-Vertrag begründet waren oder nicht, und daß unsere Regierung in dieser restlosen Erfüllung aller Auflagen der Sieger ihre traurige, aber oberste Pflicht erblickt. Soeben hat sie auch die Auflösung des ostpreussischen Selbstschutzes, der bayerischen Einwohnerwehren und der Organisation Eicherich zugesagt, und wenn ihre Mitwirkung, wie beabsichtigt zu sein scheint, etwa auch zur Auflösung des deutschen Selbstschutzes im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet angefordert werden sollte, sie würde, muß man annehmen, auch zu dieser Maßnahme bereit sein. Alles um des einen Zweckes willen: die europäische Atmosphäre zu entgiften, unseren Feinden auch den allerletzten Vorwand für die Fortsetzung ihrer Außenpolitik zu nehmen.

Und der Erfolg? Schon wird mit jedem Tage häufiger davon gesprochen, daß eine Entspannung der Lage festzustellen sei. Und in der Tat, was England anbetrifft, so darf man wohl, ohne sich einer falschen Beurteilung der Er-

eignisse schuldig zu machen, sagen, daß Lloyd George sich, seitdem wir das Ultimatum angenommen haben, bemüht zeigt, dem sonstigen Krieg mit anderen Mitteln, zu dem die Franzosen sich rüchlos bekennen, Schwierigkeiten zu bereiten. Er besteht auf Abbau der Mal-Sanktionen, die ja nachgerade jeden Sinn verloren haben — außer denjenigen natürlich, unsere wirtschaftliche Arbeit in der Westmark mehr und mehr in Verwirrung zu bringen und in einer so schönen, so wohlhabenden Stadt wie Düsseldorf z. B. solange wie nur möglich den Herren spielen zu lassen. Er sucht in Oberschlesien den Verbänden in den Arm zu fallen und drängt auf rasche Entscheidung, während die mit den Polen und ihren Korsant-Banden verbündeten Franzosen eine Verkleppungsstatistik betreiben, die allem anderen nur nicht dem Frieden dienen kann. Immerhin, Lloyd-George hat es deutlich gemacht, daß man uns in Oberschlesien verweigern will, und daß er es für seine Pflicht hält, sich dieser Absicht mit der ganzen Autorität des britischen Reiches zu widersetzen. Diese eine Tatsache, so selbstverständlich sie uns auch angeht, ist die Bestimmung des Friedensvertrages, hat doch erst gewisse Lustreue in Europa zur Folge gehabt, und insofern darf man von ihr gutes erhoffen. Nur müssen wir uns dabei hies gegenwärtig halten, daß Fortschritte auf dieser Bahn alles andere eher als in raschem Tempo zu erreichen sind. Man sieht schon, wie undurchsichtig zum Beispiel die Haltung Italiens in der ober-schlesischen Frage bleibt, obwohl die Grundstimmung dieses Volkes uns gegenüber zweifellos freundlich genannt werden darf. Man sieht auch, wie die Vereinigten Staaten trotz des Anlaufes, den sie nach dem Regierungswechsel in Washington zunächst genommen, bisher keinen irgendwie entscheidenden Schritt getan haben, um den Kriegszustand mit Deutschland endlich auch formell und nominell zu beenden. Und man kann sich dem „maßvollen“ Ton gegenüber, den Briand neuerdings in seinen Parlamentarissen anzuschlagen beliebt, nicht des Verdachtes erwehren, daß hinter diesem Auftreten nur die Absicht verborgen ist, uns umso leichter bei der Länge zu halten, die er den Männern der neuen Regierung fortgesetzt hindert.

Also Entgiftung? Wir können mit der Erregung von Hoffnungen gar nicht ängstlich genug sein. Wir dürfen auch niemals vergessen, daß uns im Innern insofern die Annahme des Ultimatums Kämpfe von unerhörter Heftigkeit bevorstehen können, Kämpfe, die die wenigen außenpolitischen Möglichkeiten, die sich uns vielleicht in naher Zukunft wieder bieten werden, zunichte machen. Auch wer auf zunehmende englisch-französische Gegenätze spekulieren sollte, wird sich mit Geduld fassen müssen, denn bisher sind die Bestmächte immer noch aller Schwierigkeiten Herr geworden, die sich zwischen ihnen aufgetürmt haben.

Dr. Sp.

### Die Auflösung der Einwohnerwehren.

Aberreichung der Liste an Kollé.

Amlich wird bekannt gegeben, daß über die Auflösung der Selbstschutzorganisation der Interalliierten Militärkontrollkommission zu Händen des Generals Kollé die geforderte Liste vor Ablauf der dafür gesetzten Frist vorgelegt

worden ist. In der Liste sind die ostpreussischen Grenzwehren, die bayerische Einwohnerwehr und die Organisation Eicherich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die seitens der hauptbeteiligten Landesregierungen teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

### Dr. Wirths Programm.

Regierungserklärung im Reichstage.

(109. Sitzung.)

OB. Berlin, 1. Juni.

Bei Beginn der Sitzung teilte Präsident Loebe dem vollbesetzten Hause zunächst die Ernennung der beiden neuen Minister Dr. Kosen und Dr. Rathenau mit, die ihren Platz auf der Ministerbank schon eingenommen hatten. Dann nahm das Wort sofort

### Reichskanzler Dr. Wirth:

Er führte im wesentlichen folgendes aus: Man erwartet von der Regierung ein Programm. Das Programm läßt sich in drei Worten zusammenfassen: Versöhnung, Wiederaufbau und Versöhnung. (Zwischenrufe von den Kommunisten: „Und die Amnestie?“) Die Regierung will die Stärkung des Friedens und den Wiederaufbau nach außen und innen anstreben. Sie will ihren Verpflichtungen bis auf äußerste nachkommen, um dem Vaterland den Frieden und die Arbeit zu erkämpfen. Der Reichskanzler zählt zunächst die finanziellen Leistungen auf, die wir bisher gemacht haben. Auch hier wurden von der äußersten Linken wiederum Zwischenrufe laut. Der Wg. Hoffmann rief dem Reichskanzler zu: Reden Sie zuerst über Amnestie! Dann ging der Kanzler auf die

### Frage der Entwaflnung

ein, wobei er betonte, daß wir unsere Verpflichtungen in dieser Beziehung mit voller Loyalität erfüllen werden, so die Ablieferung der Geschütze aus den Festungen im Osten und aus den Küstengebietern. Auch die Abrüstung, soweit sie sich auf die Marine und die Luftschiffahrt bezieht, werde ausgedehnt. Eine Abänderung des Wehrgesetzes werde dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen. In der Entwaflnung der Einwohnerwehren sind die nötigen Anordnungen getroffen. Die bayerische Regierung verdient für ihre Erklärungen in der Entwaflnungsfrage Dank. (Unerschüttertes.) Sie ist der Ansicht, daß die bayerischen Einwohnerwehren nach der Entwaflnung nicht mehr zu den bewaffneten militärischen Organisationen gehören. Es ist aber der Reichsregierung nicht möglich, die Einwohnerwehren von der Liste der bewaffneten Organisationen zu streichen, auf der auch die Ortschaften

Der Kanzler ging dann auf den wirtschaftlichen Teil des Ultimatums über und erklärte, es handelt sich um ein finanzielles Programm, um ein wirtschaftliches Programm und um soziale und ethische Aufgaben. Die finanziellen Aufgaben sind im Ultimatum genau gekennzeichnet. Wir haben nicht mehr darüber zu streiten, ob die geforderte Summe unserer Leistungsfähigkeit angepaßt ist. Wir müssen vielmehr zu Tatsachen schreiten. Die Sache der Freiheit ist selbst in schwersten finanziellen Opfern noch nicht zu teuer erkauft. Der deutschen Regierung ist die Möglichkeit offen geblieben, mit bestimmten Vorschlägen an die Garantiekommision heranzutreten. Es werden

### erhebliche Steuerquellen

bezeichnet werden, die wir als Garantie für die Ausbringung